

Europa Aktuell 6/2018

WIFI4EU – Erster Versuch fehlgeschlagen

Groß angekündigt, lange erwartet und nun im ersten Anlauf fehlgeschlagen: Die Antragstellung für WLAN-Hotspots in Gemeinden muss wiederholt werden.

Am 15. Mai stellten nicht nur zahlreiche österreichische Gemeinden einen Förderantrag im WIFI4EU-Portal. Zur Erinnerung: WIFI4EU will die Errichtung neuer lokaler Hotspots im öffentlichen Raum mit bis zu 15.000 € fördern. Die europaweite Resonanz war jedoch so groß, dass das System zusammenbrach und nun keine gerechte Verteilung der Förderungen garantiert werden kann. Geworben wurde mit first come, first served, nun muss das System neu aufgesetzt werden. Die nächste Ausschreibung dürfte im Herbst 2018 stattfinden. Gemeinden, deren Registrierung erfolgreich war, werden darüber per Email informiert. Ansonsten muss auch die Registrierung wiederholt werden.

<https://www.wifi4eu.eu/>

Europäische Energiepolitik – Einigung zwischen Rat und Parlament

Neue Ziele für Energieeffizienz, den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch und die Umsetzung dieser Ziele durch die Mitgliedstaaten bringt die Einigung der beiden EU-Gesetzgeber. Gemeinden sind auf nationaler Ebene Verhandlungspartner.

Das Ende 2016 vorgeschlagene Richtlinienpaket zur Energieunion dient u.a. der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Rat und EU-Parlament einigten sich nun auf einen Kompromiss, der neue Ziele bis 2030 vorgibt und die Mitgliedstaaten anhält, langfristig bis 2050 zu planen. Im Bereich Energieeffizienz wird ein Einsparungsziel von 32,5% bis 2030 vorgegeben. Auch Endkunden müssen mit jährlichen Einsparungen von 0,8% dazu beitragen, im Fokus wird dabei der Sektor Wärme/Kälte stehen, wo großes Potenzial gesehen wird. Die Mitgliedstaaten müssen etwa in Mehrparteienwohnhäusern effiziente Wärme- und Kältelösungen fördern, indem u.a. individuelle Abrechnungen anhand des tatsächlichen Energieverbrauchs sichergestellt werden. Es liegt ebenfalls an den Mitgliedstaaten, Maßnahmen gegen Energiearmut zu ergreifen. Diese erfordern zu Beginn eine Bestandsaufnahme und in weiterer Folge konkrete Maßnahmen für betroffene Bevölkerungsgruppen.

Das EU-Ziel für erneuerbare Energie beträgt 32% bis 2030, die Treibhausgasemissionen sollen bis dahin um 40% zurückgehen. All dies wird ohne die Beteiligung der lokalen und regionalen Ebene nicht zu bewältigen sein, lokale und

regionale Gebietskörperschaften bzw. deren Verbände sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind daher in die Erarbeitung der nationalen Pläne einzubeziehen. Die nationalen Pläne sind der Kommission vorzulegen um sicherzustellen, dass auch jeder Mitgliedstaat tatsächlich einen ausreichenden Beitrag zur Zielerreichung leistet.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4229_en.htm

Kommunale Interessenvertretung im Fokus

In Österreich gibt es den Konsultationsmechanismus. Welche Möglichkeiten die Kommunalverbände anderer Länder haben um auf die Gesetzgebung einzuwirken, wurde kürzlich in Brüssel diskutiert.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat erarbeitet aktuell einen Bericht zu diesem Thema, der schwedische Berichtersteller Anders Knappe führte daher in die Thematik ein und gab zu bedenken, dass erfolgreiche Interessensvertretung einer stabilen rechtlichen Grundlage bedürfe. Denn insbesondere nach der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde deutlich, dass informelle Konsultationsmodelle oftmals zentralstaatlicher Steuerung weichen mussten und die kommunalen Haushalte massiven Belastungen ausgesetzt wurden.

Rechtlich sind durch den Konsultationsmechanismus und die FAG-Verhandlungen die Mitwirkungsrechte in Österreich wohl am stärksten verankert. In Schweden wiederum gibt es eine lange parlamentarische Tradition der Zusammenarbeit und der schwedische Verband ist de facto in sämtlichen Konsultationsgremien vertreten. Berücksichtigung finden die Vorschläge tendenziell jedoch eher bei dezentralen Materien. Auch in den Niederlanden müssen Zentralstaat, Provinzen und Gemeinden kooperieren, sobald eine Ebene in den Kompetenzbereich einer anderen einwirkt. Dennoch ist auch dort das Phänomen verbreitet, Aufgaben ohne die entsprechende Finanzierung zu verlagern.

Auch die Beeinflussung von EU-Gesetzgebung wurde diskutiert. Während etwa der Gemeindebund von seinem Stellungnahmerecht gegenüber den zuständigen Ministerien Gebrauch macht, bringen sich die Kommunalverbände in Finnland und Dänemark direkt in den entsprechenden parlamentarischen Ausschüssen ein, welche die nationale Position im Rat vorbereiten. Auch wenn sie dort ein Partner von vielen sind, ist der Austausch zu künftiger EU-Gesetzgebung doch sehr intensiv.

Dass auch die Zusammenarbeit der Verbände untereinander Früchte trägt, zeigt die Unterstützung im EU-Parlament für die kommunale Allianz bei der Revision der Trinkwasserrichtlinie. Hier haben sich einige Verbände, darunter Gemeindebund und Städtebund zusammengeschlossen, um Verbesserungen am Vorschlag der Kommission zu erzielen. EU-Abgeordneter Lukas Mandl, der selbst aus der Kommunalpolitik stammt, reichte entsprechende Änderungsanträge ein, die nun im federführenden Umweltausschuss zu diskutieren sind.